S 1 KA 25/09

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Sozialgericht Nürnberg

Sachgebiet Vertragsarztangelegenheiten

Abteilung 1. Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 1 KA 25/09 Datum 06.12.2010

2. Instanz

Aktenzeichen L 12 KA 1/11 Datum 09.11.2011

3. Instanz

Datum 01.08.2012

- I. Die Klage wird abgewiesen.
- II. Die Kläger zu 1) und 2) tragen die Kosten des Verfahrens und die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendigen auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Beigeladenen zu 1).
- III. Der Streitwert wird auf 593.026,â□□ EUR festgesetzt.

Â

Tatbestand:

Streitig ist zwischen den Beteiligten ein Anspruch auf Nachfolgezulassung im Verfahren nach § 103 Abs. 4 Sozialgesetzbuch â□□ Gesetzliche Krankenversicherung â□□ (SGB V).

Die Zulassung des Herrn Dr. med. Dr. med. habil. D., -Gastroenterologie, Planungsbereich A-Stadt Stadt und Landkreis, endete am 02.05.2009 durch Tod. Der Landesausschuss der Ã∏rzte und Krankenkassen hatte für diesen

Planungsbereich fýr die Fachgruppe der fachärztlich tätigen en zuletzt mit Beschluss vom 03.06.2009 Zulassungsbeschränkungen angeordnet.

Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens nach $\hat{A}\S 103$ Abs. 4 SGB V bewarben sich f \tilde{A}^1 /4r die Nachfolge auf diesen Praxissitz die Kl \tilde{A} xgerin zu 1) mit Formantrag vom 22.07.2009. Nach \tilde{A} bernahme dieses Vertragsarztsitzes sollte der Beigeladene zu 2) mit einem T \tilde{A} xtigkeitsumfang von 40 Wochenstunden angestellt werden. Ferner bewarben sich unter anderem die Beigeladenen zu 1) und 3) als Nachfolger auf den ausgeschriebenen Vertragsarztsitz.

Mit Bescheid des Zulassungsausschusses \tilde{A} rzte \hat{a} 0. \hat{a} 0. \hat{a} vom 21.08.2009 (Beschluss: 05.08.2009) wurde der Beigeladene zu 1) als Praxisnachfolger von Herrn

Dr. T. ausgewählt.

Zur Begründung führte der ZA aus, dass der verstorbene Vertragsarzt die Schwerpunktbezeichnung Gastroenterologie mit entsprechender Ausrichtung seiner Praxis gefýhrt habe. Von allen Antragstellern werde diese Schwerpunktbezeichnung lediglich von den Beigeladenen zu 1) und 2) gefļhrt. Insofern seien beide Bewerber als gleich qualifiziert anzusehen und das Auswahlkriterium der beruflichen Eignung daher nicht zugunsten eines von beiden dieser beiden Bewerber zu berļcksichtigen. Bei der Auswahlentscheidung habe jedoch überwogen, dass der Beigeladene zu 1) über das längere Approbationsalter und somit die lĤngere berufliche Erfahrung verfļge. Hinzu käme, dass der Beigeladene zu 1) bereits seit 11 Monaten als Vertreter in der Praxis des Abgebers tÃxtig gewesen sei und der Beigeladene beabsichtige, die übernehmen, so dass das bisherige Patientenklientel weiter versorgt werden könne. Bei der Auswahl zwischen diesen beiden Bewerbern gewichte der ZA das höhere Approbationsalter und die längere Dauer der ärztlichen Tätigkeit, somit die gröÃ∏ere Berufserfahrung des Beigeladenen zu 1) als auch die seit mehreren Monaten andauernde VertretertÄxtigkeit in der Praxis des verstorbenen Vertragsarztes stĤrker.

Dagegen hat der KlÃxger zu 1) am 10.09.2009 und die KlÃxger zu 2) am 02.09.2009 Widerspruch beim Berufungsausschuss fÃx4r Ãx7rzte âx6 B. âx6 (BA) eingelegt.

Die Auswahlentscheidung des ZA sei rechtswidrig, weil dieser fehlerhaft verkannt habe, dass nicht der Beigeladene zu 1) sondern der Beigeladene zu 2) der geeignetste Bewerber für die Fortführung der Praxis von Herrn Dr. T. sei. Bezüglich der VertretungstÃxtigkeit sei der Beigeladene zu 1) seinen Verpflichtungen als Praxisvertreter nur unzureichend nachgekommen, habe insbesondere die Praxis über mehrere Wochen geschlossen, ohne dies mit den Erben von Herrn Dr. T. und der Beigeladenen zu 4) abzustimmen. Die KlÃxger zu 2) hÃxten daher die Praxisvertretung gekündigt. Stattdessen habe die Beigeladene zu 4) mit Bescheid vom 20.08.2009 die Praxisvertretung durch den Beigeladenen zu 2) und den Ãxrztlichen Leiter des KlÃxgers zu 1) genehmigt.

Der Beigeladene zu 3) hat seinen zunÄxchst eingelegten Widerspruch

zurückgenommen.

Der BA wies die Widerspr $\tilde{A}^{1/4}$ che mit Bescheiden vom 11.12.2009 (Beschluss: 19.11.2009; Az.: ; 180/09) als unbegr $\tilde{A}^{1/4}$ ndet zur $\tilde{A}^{1/4}$ ck.

Die Auswahlentscheidung des ZA sei nicht zu beanstanden. Die Ank \tilde{A}^{1} /4ndigung der Kl \tilde{A} $^{\times}$ ger zu 2), sich weder aktuell noch k \tilde{A}^{1} /4nftig mit dem aus Gremiensicht geeignetsten Nachfolgerkandidaten definitiv nicht einigen zu wollen, sei kein Grund sachlicher oder rechtlicher Art, den Beigeladenen zu 1) nicht auszuw \tilde{A} $^{\times}$ hlen.

Dagegen haben der Kl \tilde{A} ¤ger zu 1) (Az.: S 1 KA 25/09) und die Kl \tilde{A} ¤gerin zu 2) (Az.: S 1 KA 26/09) am 22.12.2009 Klage zum Sozialgericht (SG) N \tilde{A} ½rnberg erhoben.

Mit Beschluss des SG NÃ $\frac{1}{4}$ rnberg vom 29.07.2010 wurden beide Klagen zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung verbunden und unter dem Az. S 1 KA 25/09 fortgefÃ $\frac{1}{4}$ hrt.

Der Beigeladene zu 2) habe seinen Anstellungsvertrag beim KlĤger zwar gekündigt, so dass eine Anstellungsgenehmigung zum 30.06.2010 gemäÃ∏ dem Beschluss des ZA vom 19.05.2010 zum 30.06.2010 geendet habe. Als Nachfolger habe der ZA die Anstellung von Herrn Dr. P. mit Wirkung zum 01.07.2010 genehmigt. Die Weiterbetreibung der Praxis von Herrn Dr. T. in den bisherigen Praxisräumlichkeiten sei jedoch daran gescheitert, dass der Vermieter dieser Räume, Herr Dr. V., sich geweigert habe, einen Mietvertrag abzuschlieÃ∏en. Es verbleibe aber dabei, dass Herr Dr. P. die vertragsÄxrztliche TÄxtigkeit von Herrn Dr. T. als Nachfolger von Herrn Dr. I. weiter fortfA¹/₄hren solle. Dieser habe die Approbation am 06.08.1970, die Anerkennung als am 19.01.1977 erhalten und $f\tilde{A}\frac{1}{4}$ hre die Schwerpunktbezeichnung als Gastroenterologe seit dem 15.03.1977. Ein Austausch des Beigeladenen zu 2) durch Herrn Dr. P. sei gesetzlich nicht ausgeschlossen. Vielmehr gewÄxhre <u>§ 103 Abs. 4</u> a Satz 2 SGB V einem MVZ, wie dem des KlAxgers zu 1) das Recht, eine Vertragsarztpraxis in der Form weiterzuführen, dass es den Vertragsarztsitz übernehme und die vertragsärztliche Tätigkeit durch einen angestellten Arzt des MVZ fortführe. Es könne dem Kläger zu 1) daher nicht verwehrt werden, vor der bestandskrÄxftigen Nachbesetzungsentscheidung den fļr die Fortfļhrung der vertragsĤrztlichen TĤtigkeit vorgesehenen angestellten Arzt auszutauschen. Einer Auswahl von Herrn Dr. P. als Praxisnachfolger stünden auch nicht die Interessen des Abgebers bzw. seiner Erben entgegen. Eine Einigung zwischen dem Praxisabgeber bzw. seinen Erben und dem Praxisübernehmer sei hier Grundvoraussetzung für eine Praxisnachfolge gemÃxÃ∏ § 103 Abs. 4, 4 a SGB V. Das durch eine langjĤhrige TĤtigkeit erworbene und gefestigte Eigentum an der Praxis habe Eigentumswert im Sinne des Art. 14 des Grundgesetzes (GG), so dass der Wunsch der KlÄgerin zu 2) durch die Auswahlgremien zu Unrecht nicht berücksichtigt worden sei.

Der KlAxger zu 1) beantragt,

1. den Beklagten unter Aufhebung des am 11.12.2009 ausgefertigten Beschlusses des Beklagten vom 19.11.2009 in der Fassung des Berichtigungsbeschlusses vom 16.12.2009 zu verurteilen, die ̸bernahme des Vertragsarztsitzes von Herrn Dr.

- Dr. D. durch die MVZ des Klägers sowie die Weiterführung der vertragsärztlichen Tätigkeit durch Herrn Dr. P. P. als angestellten Arzt im MVZ des Klägers zu genehmigen;
- 2. für den Fall, dass dem Antrag zu 1. stattgegeben wird: den Beklagten zu verurteilen, die Angestelltentätigkeit von Frau Dr. F. und Herrn Dr. P. P. im MVZ des Klägers jeweils mit 40 Wochenstunden zu genehmigen;
- 3. für den Fall, dass dem Antrag zu 1. nicht stattgegeben wird: unter Aufhebung des am 11.12.2009 ausgefertigten Beschlusses des Beklagten vom 19.11.2009 in der Fassung des Berichtigungsbeschlusses vom 16.12.2009 den Beklagten zu verurteilen, über den Widerspruch des Klägers unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erneut zu entscheiden;
- 4. dem Beklagten die Erstattung der au̸ergerichtlichen Kosten des Klägers aufzuerlegen und die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts fÃ⅓r notwendig zu erklären.

Die KlĤgerin zu 2) beantragt,

- 1. den Beklagten unter Aufhebung des am 11.12.2009 ausgefertigten Beschlusses des Beklagten vom 19.11.2009 in der Fassung des Berichtungsbeschlusses vom 16.12.2009 zu verurteilen, die Ã□bernahme des Vertragsarztsitzes von Herrn Dr. Dr D. durch das , Ã□rztlicher Leiter: M. , A-Stadt, sowie die Weiterführung der vertragsärztlichen Tätigkeit durch Herrn Dr. P. P. als angestellten Arzt im zu genehmigen;
- 2. für den Fall, dass dem Antrag zu 1. nicht stattgegeben wird: unter Aufhebung des am 11.12.2009 ausgefertigten Beschlusses des Beklagten vom 19.11.2009 in der Fassung des Berichtigungsbeschlusses vom 16.12.2009 den Beklagten zu verurteilen, über den Widerspruch der Kläger unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erneut zu entscheiden;
- 3. $f\tilde{A}\frac{1}{4}r$ den Fall, dass dem Antrag zu 1. und dem Antrag zu 2. nicht stattgegeben wird:
- den am 11.12.2009 ausgefertigten Beschluss des Beklagten vom 19.11.2009 in der Fassung des Berichtigungsbeschlusses vom 16.12.2009 aufzuheben und festzustellen, dass sich das Nachbesetzungsverfahren f \tilde{A}^{1} /4r den Vertragsarztsitz von Herrn Dr. Dr. \hat{A} D. erledigt hat;
- 4. fÃ $\frac{1}{4}$ r den Fall dass dem Antrag zu 1., dem Antrag zu 2. und dem Antrag zu 3. nicht stattgegeben wird:
- unter Aufhebung des am 11.12.2009 ausgefertigten Beschlusses des Beklagten vom 19.11.2009 in der Fassung des Berichtigungsbeschlusses vom 16.12.2009 den Beklagten zu verurteilen, Herrn Dr. G. unter der Bedingung zur Fortf $\tilde{A}^{1/4}$ hrung der Praxis von Herrn Dr. Dr. \hat{A} D. zuzulassen, dass sich Herr Dr. G. mit der Kl \tilde{A} gerin zivilrechtlich $\tilde{A}^{1/4}$ ber eine Praxis $\tilde{A}^{1/4}$ bernahme einigt;
- 5. dem Beklagten die Erstattung der au̸ergerichtlichen Kosten der Kläger aufzuerlegen und die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts fÃ⅓r notwendig zu erklären.

Der Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Mit Beiladungsbeschluss vom 10.02.2010 wurden Herr Dr. G., Herr

Dr. I., Herr Dr. J., die KassenĤrztliche Vereinigung B.s, die AOK B., der Landesverband der Betriebskrankenkassen in B., die S. IKK, der Funktionelle Landesverband der Landwirtschaftlichen Krankenkassen und Pflegekassen in B., der Verband der Ersatzkassen e. V. und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See zum Verfahren vor dem SG Nýrnberg beigeladen.

Der Beigeladene zu 1) beantragt, die Klage abzuweisen.

Der Beigeladene zu 2) sei nicht mehr für den Kläger tätig, habe sich anderweitig beruflich orientiert und sei zwischenzeitlich am Klinikum in Ob. im Bereich Gastroenterologie als Chefarzt tätig.

Er sei daher aus dem Bewerbungsverfahren somit zwischenzeitlich ausgeschieden, so dass der Beigeladene zu 1) als einzig $\tilde{A}^{1}/_{4}$ briggebliebener Bewerber noch vorhanden sei.

Die übrigen Beigeladenen haben keine Anträge gestellt.

In der mýndlichen Verhandlung vor dem SG NÃ⅓rnberg vom 29.07.2010 hat der Bevollmächtigte der Klägerin zu 2) erklärt, dass die Praxis von Herrn Dr. T. aufgrund des Auslaufens des Mietvertrages zum 31.12.2009 komplett geräumt wurde. Der privatärztliche Teil dieser Praxis sei zwischenzeitlich an den Kläger zu 1) Ã⅓bertragen worden. In den Praxisräumen befänden sich keine Gegenstände mehr. Die Klägerin zu 2) wolle weiterhin keinen Vertrag mit dem Beigeladenen zu 1) schlieÃ \sqcap en.

In der mündlichen Verhandlung vor dem SG Nürnberg vom 06.12.2010 hat der Bevollmächtigte der Klägerin zu 2) ergänzend erklärt, dass er den Vertrag, in dem der privatärztliche Teil der Praxis ganz verkauft wurde, nicht vorlegen könne.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Verwaltungsakten der Beklagten und der Prozessakte des SG Nýrnberg, insbesondere auf das Vorbringen der Beteiligten in den eingereichten SchriftsÃxtzen, Bezug genommen.

Â

Entscheidungsgr $\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde:

Die form- und fristgerecht ($\frac{\hat{A}\$\hat{A}\$ 90}{2}$, $\frac{87 \text{ Abs. } 1 \text{ Satz } 1}{2}$ Sozialgerichtsgesetz = SGG) zum sachlich und \tilde{A} rtlich zust \tilde{A} ndigen SG \tilde{A} ndigen SG \tilde{A} ndigen SG \tilde{A} 1 nt. 5, 57 a Abs. 1, 10

Abs. 2 SGG i. V. m. § 3 Abs. 2 der Verordnung über die Zuständigkeit der Sozialgerichtsbarkeit in B. â∏ BayRS-33-A -) erhobene Anfechtungs- und Verpflichtungsklage (§ 54 Abs. 4 SGG) ist unzulässig geworden. Gegenstand der Klage in der streitbefangenen Zulassungssache sind dabei nicht die ursprÃ⅓nglichen Verwaltungsakte des ZA vom 21.08.2009 (BeschlÃ⅓sse: 05.08.2009), sondern allein die Bescheide des BA vom 11.12.2009 (Beschluss:

Rechtsgrundlage fýr die vom Kläger zu 1) angefochtene Entscheidung des BA vom 11.12.2009 (Beschluss: 19.11.2009; Az.:) ist § 103 Abs. 4 SGB V. Danach wird, wenn die Zulassung eines Vertragsarztes endet â \Box wie im vorliegenden Fall â \Box auf Antrag der frei gewordene Vertragsarztsitz durch die Beigeladene zu 4) ausgeschrieben (a. a. O. Sätze 1 und 2). Dann erfolgen die Auswahl und Zulassung eines Bewerbers durch den ZA; unter mehreren Bewerbern, die die ausgeschriebene Praxis als Nachfolger des bisherigen Vertragsarztes fortführen wollen, hat der ZA den Nachfolger nach pflichtgemäÃ \Box em Ermessen auszuwählen. Bei der Auswahl der Bewerber sind die berufliche Eignung, das Approbationsalter und die Dauer der ärztlichen Tätigkeit zu berücksichtigen, ferner, ob der Bewerber der Ehegatte, ein Kind, ein angestellter Arzt des bisherigen Vertragsarztes oder ein Vertragsarzt ist, mit dem die Praxis bisher gemeinschaftlich ausgeübt wurde (a. a. O. Absatz 4, Sätze 3 bis 5; vgl. BSG vom 29.09.1998 â \Box B 6 KA 1/99 R).

Als Praxisnachfolger kann sich nach § 103 Abs. 4 a Satz 5 SGB V auch ein medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) wie der KlĤger zu 1) bewerben. Dabei ist jedoch â□□ wie im vorliegenden Fall geschehen â□□ ein konkreter angestellter Arzt als Praxisnachfolger â∏∏ vorliegend der Beigeladene zu 2) â∏∏ zu benennen, denn nur eine natürliche Person kann sich der Auswahl hinsichtlich beruflicher Eignung, Approbationsalter und Dauer der Äxrztlichen TÄxtigkeit im Rahmen des § 103 Abs. 4 SÃxtze 3 bis 5 SGB V stellen, nicht jedoch eine juristische Person, wie ein MVZ. Streitgegenstand der Auswahl der Zulassungsgremienverfahren nach § 103 Abs. 4 Satz 3 SGB V bildet nämlich allein die Entscheidung, einen bestimmten Arzt zuzulassen (vgl. BSG vom 05.11.2003 â∏∏ B 6 KA 11/03 R). Dies folgt bereits aus der Natur der Sache, denn mit der Zulassung der MVZ zur Teilnahme an der vertragsÄxrztlichen Versorgung wollte der Gesetzgeber in erster Linie die Berufschancen für Mediziner mit Hilfe von Anstellungen in einem MVZ verbessern. Sinn des § 103 Abs. 4 a Satz 5 SGB V war es jedoch nicht, das Auswahlverfahren nach <u>§ 103 Abs. 4 SGB V</u> zu ver Axndern, denn die Bestimmungen A¼ber das Auswahlverfahren nach § 103 Abs. 4 SGB V, in dessen Rahmen eine natürliche Person als Praxisnachfolger zugelassen werden sollte, ist unverĤndert geblieben.

Im Verlaufe des sozialgerichtlichen Verfahrens hat der Beigeladene zu 2) jedoch eine andere Tätigkeit als Chefarzt aufgenommen, die eine weitere Tätigkeit als angestellter Arzt beim Kläger zu 1) nicht mehr zulieÃ \Box . Streitgegenstand eines Auswahlverfahrens nach § 103 Abs. 4 Satz 3 SGB V ist aber der Anspruch auf fehlerfreie Entscheidung Ã 1 4ber die Zulassung eines bestimmten Arztes. Wird dieses Recht verletzt, kann der zunächst unterlegene Kandidat eine erneute Entscheidung Ã 1 4ber seine Bewerbung zumindestens dann beanspruchen, wenn

seine Auswahl noch mĶglich erscheint (vgl. Bundesverfassungsgericht, Kammerentscheidung, in DVBI 2002, Seite 633, 634). Nachdem eine Auswahl des Beigeladenen zu 2) als Praxisnachfolger von Herrn Dr. T. nach dem Eintritt einer Chefarztstelle im Krankenhaus nicht mehr mĶglich war, konnte der Beigeladene zu 2) im Verlaufe des sozialgerichtlichen Verfahrens auch nicht durch einen anderen angestellten Arzt des Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) ersetzt werden, denn dabei handelte es sich um einen Bewerber, dessen Bewerbung nach Schluss der von der Beigeladenen zu 4) gesetzten Bewerbungsfrist und nach Abgabe der Bewerbungsunterlagen an die Zulassungsgremien eingegangen war. Die Berýcksichtigung verspäteter Bewerber wĤre nur dann im Rahmen der Auswahlentscheidung der Zulassungsgremien nach <u>§ 103 Abs. 4 SGB V</u> ermessensfehlerfrei, wenn allein der verspĤtete Bewerber berļcksichtigungsfĤhig ist, weil kein anderer Bewerber vorhanden, zulassungsfĤhig oder fortfļhrungswillig ist. Daneben setzt die Berücksichtigung sowohl einen Eingang der verspäteten Bewerbung noch vor Abgabe des Verfahrens an den Zulassungsausschuss (= Versand der Bewerberliste, Beginn der Verhandlungsphase) und zunĤchst das EinverstĤndnis der Abgeberseite voraus. So liegt der Fall hier jedoch nicht, denn Dr. P. wurde erst im Verlaufe des sozialgerichtlichen Verfahrens, also nach Abgabe der Bewerberliste an die Zulassungsgremien als Nachfolger in das Auswahlverfahren eingefļhrt. Entgegen der Auffassung des KlĤgers zu 1) kann allein aus der Bestimmung des § 103 Abs. 4 a Satz 5 SGB V daher kein Anspruch auf einen mĶglichen Austausch von angestellten ̸rzten im Bewerberverfahren nach <u>§ 103 Abs. 4 Satz 3 SGB V</u> abgeleitet werden, weil die Chancengleichheit im Auswahlverfahren widersprechen würde (vgl. dazu BayLSG vom 23.04.2008 â∏ <u>L 12 KA 443/07</u>).

Mit dem Ausscheiden des Beigeladenen zu 2) aus dem Kreise der Bewerber f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Praxisnachfolge von Herrn Dr. T. ist die kombinierte Anfechtungs- und Verpflichtungsklage nach alledem unzul \tilde{A} xssig geworden, weil der Kl \tilde{A} xger zu 1) durch die Entscheidung des BA nicht mehr beschwert sein kann und somit die Klagebefugnis nach \tilde{A} § 54 Abs. 1 Satz 2 SGG entfallen ist.

UnzulÄxssig ist aber auch die Klage der KlÄxger zu 2) geworden. Im Zeitpunkt des Todes von Herrn Dr. T. war eine fortzufA¼hrende Praxis tatsÃxchlich vorhanden, so dass die KlÃxger zu 2) den Antrag auf Nachbesetzung gemäÃ∏ <u>§ 103 Abs. 4 Satz 1 SGB V</u> stellen durften. Mit der vollständigen Räumung der Praxis und der Ã∏berführung der gesamten Praxiseinrichtung einschlie̸lich der Patientenkartei und der technischen Geräte, die zwischenzeitlich erfolgte, war jedoch keine verĤuÃ∏erungsfähige vertragsÃxrztliche Praxis mehr vorhanden, die von einem anderen Vertragsarzt hÃxtte fortgeführt werden können: Die PraxisrÃxume waren nicht mehr vorhanden, die medizinisch-technische Infrastruktur, MA¶bel und Patientenunterlagen waren entfernt. Es ist dabei ohne rechtliche Bedeutung, ob nur â∏ nach dem Vorbringen des Bevollmächtigten der Kläger zu 2) â∏ der privatärztliche Praxisanteil veräuÃ∏ert wurde. Zwar sind die wirtschaftlichen Interessen der Erben von gewissem Belang, wie <u>§ 103 Abs. 4 Satz 6 SGB V</u> zeigt, wonach die wirtschaftlichen Interessen des ausscheidenden Vertragsarztes oder seiner Erben nur insoweit zu berýcksichtigen sind, als der Kaufpreis die Höhe des Verkehrswertes der Praxis nicht übersteigt. Hieraus folgt aber gerade nicht,

dass die Erben â∏ wie hier die Kläger zu 2) â∏ durch verfrühten Vertragsschluss mit einem Mitbewerber die Entscheidung der Zulassungsgremien geradezu prĤjudizieren dļrften, denn dies wļrde der strikten Trennung zwischen privatrechtlicher und Ķffentlich-rechtlicher Seite der Praxisnachfolge zuwiderlaufen (vgl. LSG P-Stadt-Brandenburg vom 03.12.2008 â∏∏ <u>L 7 KA 65/08</u>). Im ̸brigen kann nach Auffassung der Kammer keine Trennung zwischen privatärztlicher und vertragsärztlicher Praxis im Rahmen der Praxisnachfolge erfolgen, da beide Patientengruppen grundsÄxtzlich in denselben RÄxumen und mit denselben Äxrztlichen GerÄxten und medizinischen Einrichtungen versorgt werden. Eine von einem Nachfolger fortfļhrungsfĤhige Praxis setzt vielmehr den Besitz bzw. Mitbesitz von Praxisräumen, die Ankündigung von Sprechzeiten, die tatsÃxchliche Entfaltung einer Ãxrztlichen TÃxtigkeit unter den üblichen Bedingungen sowie das Bestehen der fýr die Ausübung der ärztlichen TÄxtigkeit im jeweiligen Fachgebiet erforderlichen Infrastruktur in apparativtechnischer Hinsicht voraus (vgl. die stĤndige Rechtsprechung des BSG, z. B. BSG vom 29.09.1999 $\hat{a} \sqcap B \in KA 1/99 R$). Verlieren die Erben $\hat{a} \sqcap B \in KI\tilde{A} \times B$ â∏∏ jedoch durch vertragliche Regelungen die Verfþgungsbefugnis þber eine Praxis, können sie im Nachbesetzungsverfahren keine eigenen Rechte mehr verfolgen. Ihre Klage wird unzulÄxssig, weil sie durch die Entscheidung der Zulassungsgremien nicht mehr beschwert sein kA¶nnen (A§ 54 Abs. 1 Satz 2 SGG).

Die Klagen waren deshalb als unzulÄxssig abzuweisen.

Gehören in einem Rechtszug â∏ wie im vorliegende Fall â∏ weder die Kläger noch der Beklagte zu den in § 183 SGG genannten Personen, werden nach § 197 a SGG Kosten nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes (GKG) erhoben. Die §Â§ 154 bis 162 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) sind entsprechend anzuwenden. Im vorliegenden Fall waren danach den Klägern zu 1) und 2) nach § 154 Abs. 1 VwGO als den unterliegenden Teilen die Kosten des Verfahrens und die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Beigeladenen zu 1) aufzuerlegen.

Da Streitgegenstand des vorliegenden Rechtsstreites die Zulassung eines bestimmten Arztes im Verfahren nach <u>§ 103 Abs. 4 Satz 3 SGB V</u> (vgl. BSG vom 05.11.2003 $\hat{a} \sqcap B = 6 \text{ KA } 11/03 \text{ R}$), finden bez $\tilde{A}^{1}/4$ glich des Streitwertes in Zulassungssachen nach § 197 a Abs. 1 SGG ebenfalls die Vorschriften des GKG Anwendung. Nach <u>§ 52 Abs. 1 Satz 1 GKG</u> ist in Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit der Streitwert nach der få¼r die Klå¤ger sich ergebenen Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen. Dabei ist der Streitwert in der Regel in HA¶he der Einnahmen anzusetzen, den der zuzulassende Vertragsarzt im Falle seiner Zulassung innerhalb der nÄxchsten drei Jahre hÄxtte erzielen kĶnnen (vgl. BSG vom 01.09.2005 $\hat{a} \square \square B$ 6 KA 41/04 R), wobei die erzielbaren Eink $\tilde{A}^{1}/4$ nfte um die durchschnittlichen Praxiskosten zu vermindern sind (BSG vom 07.01.1998 in MDR 1998, Seite 186). Kann nicht auf eigene Umsatzzahlen des Praxisnachfolgers zurückgegriffen werden, ist auf den durchschnittlichen Umsatz abzustellen. Nach der Umsatzstatistik für en erzielten diese im Jahre 2008 â∏ neuere Zahlen liegen der Kammer nicht vor â∏ durchschnittliche HonorarumsÃxtze in Höhe von 438.279 EUR. Abzüglich der durchschnittlichen Betriebskosten in Höhe von 55

%, also in Höhe von 241.603,45 EUR, errechnet sich ein Einnahme \tilde{A}^{1} 4berschuss in
Höhe von 197.675,55 EUR. Bezogen auf einen Zeitraum von drei Jahren ergibt sich
damit ein Betrag in Höhe von gerundet 593.026 EUR, der hier als Streitwert
festzusetzen war.

Â

Â

Â

Â

Â

Â

Â

Â

Erstellt am: 19.01.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024